







Pressemitteilung

Lage für Beschäftigungs- und Weiterbildungseinrichtungen existenzbedrohend

Berlin, 14. September 2022: Steigende Energie- und Rohstoffpreise stellen die Beschäftigungs- und Weiterbildungsbranche vor große Herausforderungen. Um den massiven Anstieg der Energiepreise zu kompensieren, müssen Mehrkosten schnell und unbürokratisch erstattet werden.

Steigende Preise für Energie und Rohstoffe setzen aktuell zahlreichen Bildungs- und Beschäftigungsunternehmen enorm zu. Die Spitzenverbände der Weiterbildung begrüßen in diesem Zusammenhang – auch mit Blick auf Weiterbildungseinrichtungen – die zwischenzeitlich umgesetzten und geplanten Maßnahmenpakete des Bundes, die weitreichende finanzielle Entlastungen für private Haushalte und Unternehmen vorsehen. Um den massiven Anstieg der Energiepreise finanziell bewältigbar zu halten, müssen Mehrkosten schnell und unbürokratisch erstattet werden.

"Es ist dringend notwendig, dass Bildungs- und Beschäftigungsträger in dieser schwierigen Zeit ihre höheren Abschläge und Energiekosten direkt bei den jeweiligen Kostenträgern geltend machen können und umgehend erstattet bekommen.", sagt VPD-Bundesgeschäftsführerin Judith Aust. "Da ein längerfristiger Kostenanstieg zu erwarten ist, werden außerdem neu gewichtete und kurzfristig wirksame Dynamisierungsklauseln benötigt.", betont Aust weiter.

Insbesondere bei bundesweit tätigen Einrichtungen, die längerfristige Verträge unter anderen Kalkulationsbedingungen abgeschlossen haben, driftet die Schere zwischen kalkulierten und tatsächlichen Kosten immer weiter auseinander. Da häufig längerfristige Verträge, z.B. mit der Bundesagentur für Arbeit unter anderen Kalkulationsbedingungen geschlossen wurden und diese den aktuellen und rasanten Anstieg der Energiepreise nicht abbilden, entstehen Mehrkosten, die zulasten der Träger gehen und sie in eine finanzielle Schieflage bringen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. (bag arbeit), der Bundesverband der Träger der beruflichen Bildung e. V. (BBB), der Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V. (EFAS) und der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertreten einen bedeutenden Teil gemeinnütziger und privater Bildungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen in Deutschland.